



# STADT GAU-ALGESHEIM

Stadt Gau-Algesheim • Rathaus • Marktplatz 1 • 55435 Gau-Algesheim

**Michael König**  
Stadtbürgermeister  
**Rathaus • Marktplatz 1**  
**55435 Gau-Algesheim**

Tel.: 0 67 25 – 31 51  
Fax: 0 67 25 – 66 16

[stadt@gau-algesheim.de](mailto:stadt@gau-algesheim.de)  
[www.gau-algesheim.de](http://www.gau-algesheim.de)

18. Februar 2020

## **Offener Brief von Stadtbürgermeister Michael König**

Frau Ministerpräsidentin  
Malu Dreyer  
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Postfach 3880  
55028 Mainz

### **Dringender Appell für den Erhalt der ärztlichen Bereitschaftspraxis in Ingelheim**

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

wir Gau-Algesheimer wenden uns an Sie als Ministerpräsidentin und ehemalige Sozialministerin von Rheinland-Pfalz mit der Bitte, im Wege der Rechtsaufsicht, den Fortbestand der ärztlichen Bereitschaftspraxis in Ingelheim zu sichern.

Der Kreistag Mainz-Bingen und der Stadtrat Ingelheim haben in einer gemeinsamen Resolution die Kassenärztliche Vereinigung in Mainz aufgefordert, die Notfallzentrale in Ingelheim zu erhalten.

Aufgrund Ihrer langjährigen Tätigkeit als Sozialministerin können Sie die Situation hier bei uns vor Ort einschätzen. Fakt ist, dass Patienten in Notfällen, die nicht lebensbedrohlich sind, nicht von Krankenhäusern behandelt werden sollen. Die Bereitschaftspraxis in Ingelheim ist auch für die Gau-Algesheimerinnen und Gau-Algesheimer ein Rettungsanker in der Not, vor allem als bewährte Notfall-Hilfe für Kinder und ältere Menschen.

Über 9.000 Menschen wurden 2019 in der Ingelheimer Arztbereitschaft behandelt. Für die Hilfesuchenden im Kreis Mainz-Bingen kann das die Bereitschaftspraxis in Bingen nicht auffangen. Wenn es um die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung geht, kann man die Entscheidungsbefugnis nicht allein der Kassenärztlichen Vereinigung überlassen. Eine Alternative zur ärztlichen Versorgung in den Nachtstunden und an den Wochenenden wäre die Einrichtung von Bereitschaftsdiensten der Arztpraxen in den einzelnen Orten. Wir gehen davon aus, dass die niedergelassenen Ärzte nicht einen solchen Notdienst organisieren wollen.

Deshalb ist bei der Sicherstellung der Notfallversorgung die Politik gefragt. Es gilt keine Zeit zu verlieren. Einwirkungsmöglichkeiten für die Problemlösung hat die Landesregierung, weil sie die Rechtsaufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung hat.

Mit freundlichen Grüßen

Michael König  
Stadtbürgermeister

